

Das Engagement liberaler Pädagogen im »Verein zur Abwehr des Antisemitismus« und seine Fortwirkungen

Gegenwärtig entwickelt sich ein besorgnisregernder neuer Judenhass, wenn in den alten Bundesländern Antisemitismus bei 9,5 Prozent und in den neuen Ländern bei 4,2 Prozent der Bevölkerung verbreitet ist.¹ Kürzlich hat der Bundestag aus Anlass des 70. Jahrestages der antijüdischen Pogromnacht vom 8. zum 9. November 1938 einen entschiedenen Kampf gegen den Antisemitismus angemahnt; schließlich mussten von Januar bis September 2008 797 antisemitisch eingestufte Straftaten registriert werden – im Vergleichszeitraum 2007 waren es 716 Delikte dieser Art. Diese aktuellen Rahmenbedingungen verdeutlichen, dass die Geister des Hasses noch längst nicht gebannt sind.

Als Bildungshistoriker möchte ich nachfolgend ausgewählte historische Erfahrungswerte kennzeichnen, wie liberale Pädagogen das Zusammenleben von Judentum und Christentum in Respekt miteinander zu lösen versuchten.

1. Liberale Pädagogen inmitten der Kämpfe gegen den Antisemitismus

Der Dialog zwischen Juden und Nicht-Juden, das kultivierte Miteinander zwischen den Religionen, avancierten für die Verteidiger der Ideale der Humanität und Toleranz vor allem in Zeiten des Ansturms der Judenhasser seit Ende des 19. Jahrhunderts zu wesentlichen Tätigkeitsfeldern ihres politischen und beruflichen Lebens. So hatten sich 1890 auf dem Höhepunkt des politischen Antisemitismus, der sich vor allem als eine antiliberale Protestideologie verstand, im deutschen Kaiserreich führende Persönlichkeiten – überwiegend christlichen Glaubens – im politischen und kommunalen Leben ihrer Zeit, in Wissenschaft, Kunst und Literatur, Handel und Industrie im *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (VAA) zusammengeschlossen. Zu den Gründungsmitgliedern zählten bürgerlich-liberale Politiker wie Heinrich Rickert (1833-1902), Theodor Barth (1849-1909) oder Georg Gothein (1857-

1 Vgl. zu Ergebnissen entsprechender empirischer Studien: Andreas Pehnke: Frieden zwischen den Religionen. Max Kosler (1882-1966): Sächsischer Brückenbauer für ein harmonisches deutsch-jüdisches Zusammenleben und sein Schicksal in den Diktaturen. Beucha (bei Leipzig) 2009, S. 18.

1940) und Wissenschaftler wie der Sanskritforscher Albrecht Weber (1825-1901) oder der Astronom Wilhelm Julius Foerster (1832-1921). Ihr Ziel war es, antisemitische Lügen wissenschaftlich fundiert zu widerlegen, antisemitische Demagogen in Wort und Schrift zu demaskieren, aber auch Kenntnisse über das Judentum, seine Geschichte und Religion sowie über die enge Verbundenheit der deutschen Juden mit Deutschland und seiner Kultur zu verbreiten.

Wenngleich seit der Gründungsinitiative für diesen sog. Abwehrverein Christen und Juden eng miteinander kooperierten, so hob man häufig das Engagement der Christen hervor und erwähnte aktive jüdische Mitglieder wie den Fabrikbesitzer Isidor Loewe (1848-1910) oder den Bankier und Philanthropen Charles L. Hallgarten (1838-1908), die de facto das Rückgrat des Vereins darstellten, anfangs namentlich selten, weil der Gründungsauftrag des VAA als Fürsprache von christlichen Deutschen für die Juden formuliert wurde.

Bedauerlicherweise wird selbst bei den in Wissenschaft und/oder im öffentlichen Leben gestandenen Hauptrepräsentanten des VAA deren mutiges Eintreten für die jüdischen Mitbürger zum Beispiel in der aktualisierten zweiten Ausgabe der *Deutschen Biographischen Enzyklopädie* vollständig ignoriert.² Während solide Gesamtdarstellungen zum VAA seit mehr als 20 Jahren vorliegen, und auch das deutsche Judentum im Kontext der Liberalismusforschung bearbeitet wurde sowie schließlich das Wirken einzelner Berufsgruppen wie das der evangelischen Theologen innerhalb dieses Abwehrvereins oder regionale Ortsgruppen des VAA wie der in Marburg analysiert wurden,³ steht eine solche Untersuchung für Vertreter der Pädagogenschaft noch aus.

In einer Anzeige im *Chemnitzer Tageblatt* vom 1. Februar 1891 sind von 469 Erstunterzeichnern des Gründungsaufrufes für den VAA 25 Pädagogen ausgewiesen, zumeist Schulleiter höherer Schulen. Auch der Berliner Schulreform-

2 So findet sich in den entsprechenden Bänden der seit 2005 in München herausgegebenen zweiten Ausgabe der *Deutschen Biographischen Enzyklopädie* bei den o.g. Gründungspersönlichkeiten des VAA nicht ein Hinweis auf deren Engagement für den christlich-jüdischen Dialog.

3 Vgl. Barbara Suchy: The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (I): From its Beginnings to the First World War. In: Year Book of the Leo Baeck Institute 28 (1983), S. 205-239. – (II): From the First World War to its Dissolution in 1933. In: Ebd. 30 (1985), S. 67-103. – Werner Fritsch: VAA (Abwehrverein) 1890-1933. In: Dieter Fricke (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Bd. 4. Köln 1986, S. 375-378. – Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Das deutsche Judentum und der Liberalismus; German Jewry and Liberalism. Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute London. Sankt Augustin 1986. – Auguste Zeiß-Horbach: Der VAA. Zum Verhältnis von Protestantismus und Judentum im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Leipzig 2008. – Gottfried Mehnert: Der VAA in Marburg (1891/92). In: Zeitschrift des Vereins für Hessische Geschichte 108 (2003), S. 215-230.

mer Johannes Tews (1860-1937) zählt zu den Gründungsmitgliedern des VAA, was in der pädagogischen Historiografie bislang gänzlich unterschlagen wurde. Der in Pommern geborene und dort zum Volksschullehrer ausgebildete Tews warb nach seinem Wechsel 1881 nach Berlin in zahlreichen Veröffentlichungen für eine Demokratisierung des Bildungssystems, den Abbau klassenbezogener Bildungsprivilegien, eine Verbesserung der Lehrerausbildung und einen Auf- und Ausbau einer nachschulischen Volksbildung. Tews war über enge Kontakte mit Rickert, dem späteren Gründungsvorsitzenden des VAA, 1889 in Verbindung mit dessen *Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung* gekommen und wurde zwei Jahre später Generalsekretär und zugleich Redakteur ihrer Zeitschrift *Der Bildungsverein* (seit 1904 *Volksbildung*). Hauptamtlicher Geschäftsführer dieser Vereinigung war Tews von 1904-33 und avancierte zudem als schulpolitischer Repräsentant des *Deutschen Lehrervereins* zu einem entschiedenen Vorkämpfer für die Einheitsschule als einer Simultan- oder Gemeinschaftsschule für alle Schüler aller Bekenntnisse und Weltanschauungen, wie es vor allem die bildungspolitischen Sprecher der DDP am Beginn der ersten deutschen Republik forderten und damit besonders in der Volksschullehrerbewegung großen Anklang fanden.⁴ Aus Anlass seines 70. Geburtstages erhielt der Liberale Tews im Juni 1930 die Ehrendoktorwürde der Greifswalder Universität. Die Initiative für diese Ehrenpromotion ging vor allem vom Philologen Konrat Ziegler (1884-1974) aus, der als 327. Rektor der 1456 gegründeten Greifswalder Universität auf der Jahreshauptversammlung des VAA im April 1929 in Dortmund in den Vorstand gewählt worden war.⁵

Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes für den VAA gehörte ebenso der liberale Leipziger Professor für Kulturgeschichte Karl Biedermann (1812-1901), der gewissermaßen am Ende seines Lebens mit dem VAA seine Initiative zur Gründung von Anti-Antisemitismus-Organisationen wiederbelebt sah und sie noch selbst im hohen Alter aktiv fördern konnte. Biedermann, der mit seiner 1852 in Leipzig herausgegebenen Schrift *Erziehung zur Arbeit* (nach

4 Vgl. u.a. Johannes Tews: Deutsche Einheitsschule – Freie Bahn jedem Tüchtigen [1916], hg. mit einem Nachwort von Karl Düsseldorf. Heinsberg 2001 sowie Bericht über die Verhandlungen des 2. ordentlichen Parteitages der DDP, abgehalten in Nürnberg, 11. bis 14. Dezember 1920. Berlin o.J., Anlage 3.

5 Ziegler wurde nach der Machtübernahme der Nazis sogleich aus politischen Gründen entlassen und erhielt Schreibverbot. Weil er vielen bedrängten Juden half, wurde er 1939 wegen der Unterstützung jüdischer Freunde bei der illegalen Auswanderung und Devisenvergehen zu einer eineinhalbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. – Dem 80-jährigen Z. sollte 1964 das Bundesverdienstkreuz verliehen werden, doch weil vor ihm Adenauers Staatssekretär Hans Globke (1898-1973), Verfasser des Kommentars zu den *Nürnberger Gesetzen*, diese Auszeichnung erhalten hatte, lehnte Z. ab. Als *Gerechter unter den Völkern* wurde Z. im Juni 2001 von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem für die Hilfe und den Schutz, den er jüdischen Menschen während der Zeit des Naziregimes geboten hatte, posthum geehrt: UA der Uni Greifswald, PA 196 sowie B. Kratz-Ritter: Konrat F. Ziegler. Ein Göttinger »Gerechter unter den Völkern«. Göttingen 2002.

30 Jahren in überarbeiteter Auflage unter dem Titel *Erziehung durch Arbeit* publiziert) als theoretischer Kopf der internationalen Knabenhandfertigkeitsbewegung in die Bildungsgeschichte eingegangen ist, hatte bereits Anfang 1844 mit seinem *Leipziger christlich-jüdischen Emanzipationsverein* einen historischen Vorläufer im Kampf für die Gleichberechtigung deutscher Mitbürger jüdischen Glaubens gegründet. Dabei wurde Biedermann vor allem durch Julius Fürst (1805-1873) unterstützt, der seit 1840 als Dozent für talmudische Sprachen und Literatur als einziger Jude an der Universität Leipzig lehrte und seit dieser Zeit (bis 1851) die Literaturzeitschrift *Der Orient* herausgab, die 1848/49 als jüdisches Sprachrohr der Revolution eine zentrale Bedeutung erlangte. Die Initiatoren dieses Emanzipationsvereins sahen vor dem Hintergrund der empfundenen Zunahme der Vorurteile und des Hasses gegen die jüdischen Mitbürger entsprechenden Handlungs- und vor allem Aufklärungsbedarf: »Unser Jahrhundert hat seine Judenfeinde und Judenhasse so gut wie die früheren; wo sonst das Schwert wütete, da würgt jetzt die Feder. Früher tauchte man das Eisen in das Blut des Feindes; seitdem Humanität Fortschritte macht, begnügt man sich, Samen des Hasses und des Vorurteils auszustreuen, den Boden mit Falschheit und Verleumdung zu düngen und trotz aller Aufklärung unserer Zeit reift der geistige Same zur Frucht und pflanzt sich fort – bis er einst überall licht werden wird«, resümiert Louis Simon (1844)⁶ in der ersten öffentlichen Resonanz auf die Leipziger Vereinsgründung in dem in Hamburg herausgegebenen und von Karl Gutzkow redigierte *Telegraph für Deutschland*. Der Emanzipationsverein, »an dessen Spitze nicht Juden, sondern Christen stehen, an dem nicht Juden oder Christen, sondern das Volk Anteil nehmen wird [...], ist ein erfreuliches Zeichen der Zeit«, lobt Simon und konstatiert an gleicher Stelle weiter: »Der Zweck dieses Vereins ist, für die Freiwerdung der Juden durch Wort, Schrift und Tat zu wirken; es soll ein Verein werden für Deutschland, aber sein Segen wird über die deutschen Grenzen hinausgehen, er soll ein einstimmiges Organ werden für ein ganzes Volk und solche Stimme ist zu mächtig, als dass sie ohne Erhörung verhallen könnte.«

In der historischen Forschung ist über diesen Emanzipationsverein bislang wenig bekannt. Michael Schäbitz schätzt ein, dass der Verein nicht über die formale Gründung wesentlich hinausgekommen zu sein scheint.⁷ Zu einem anderen Ergebnis gelangte Simone Lässig, denn sie unterstrich vor dem Hintergrund dieser Vereinsgründung, dass ein Teil des christlichen Bürgertums

6 Louis Simon: Der Emanzipations-Verein. In: *Telegraph für Deutschland*, Nr. 40/1844 (März), S. 158/159, hier 158. – Ich habe die Quelle nach aktuellen Schreibregeln zitiert. – Dieses Zitat übernahm auch Alphonse Levy: Geschichte der Juden in Sachsen. Berlin 1900, S. 92f.

7 Michael Schäbitz: Juden in Sachsen – jüdisches Sachsen? Emanzipation, Akkulturation und Integration 1700-1914. Hannover 2006, S.181.

die Gleichstellung der Juden nun tatsächlich als originären Teil der *eigenen* Emanzipation begriff: »Dass dies zugleich ein tragfähiges Fundament für die Ausprägung von ähnlichen Deutungscodes und Handlungsmustern in deziert politischen Fragen, also in der Ausformung einer konfessionsübergreifenden verbindenden politischen Bürgerlichkeit gewesen sein dürfte, zeigt sich dann auch in Leipzig bei den Wahlen der Revolutionsjahre. Obwohl die Gesetzgebung selbst in der Revolutionszeit noch rückständig und die Zahl der ansässigen Juden verschwindend gering war, entsandte das Leipziger Bürgertum mit Julius Fürst einen jüdischen Vertreter ins Frankfurter Vorparlament, zu dem Ende März auch neun weitere Juden aus Deutschland und Österreich eingeladen wurden.«⁸

Dessen ungeachtet hätte es vor allem Karl Biedermann als Gründer des Emanzipationsvereins verdient, nicht nur als Nestor eines modernen Arbeitsunterrichts in der Geschichtsschreibung im Allgemeinen wie in der Bildungsgeschichte im Besonderen gewürdigt zu werden.⁹ Die Aufgabenstellung und der interessanterweise von Beginn an überregional, ja sogar international definierte Anspruch des Leipziger Emanzipationsvereins stehen selbst in bildungshistorischen Traditionen – beispielsweise wurde die religiöse Toleranz bereits seit 1758 zum wichtigsten Erziehungsziel für den Philanthropen Johann Bernhard Basedow (1724-1790), der zudem die damit einhergehenden gesellschaftlichen Vorteile einer konfessionellen Vielfalt betonte,¹⁰ – und sie können des Weiteren als annähernd deckungsgleich mit dem 46 Jahre später in Berlin gegründeten VAA gelten.

Als Gothein 1909 die Leitung des VAA bis 1933 (!) übernahm, wurde auch Frauen die Mitgliedschaft ermöglicht. So konnte beispielsweise Gertrud Bäumer (1873-1954) am 16. November 1919 in den Reichsausschuss des VAA gewählt werden.¹¹ Die liberale Reichstagsabgeordnete Bäumer war somit die erste Frau in einer Führungsposition im Abwehrverein, bevor sie auch 1920-33 als erste Frau Ministerialrätin in der kulturpolitischen Abteilung des

8 Simone Lässig: Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert. Göttingen 2004, S. 89f.

9 So findet weder Biedermanns frühe Initiative für die Etablierung des Emanzipationsvereins noch sein späteres Engagement im VAA bei Siemann oder bei Skiera eine Erwähnung: Vgl. Wolfram Siemann: Friedrich Karl Biedermann. In: Manfred Asendorf und Rolf von Bockel (Hg.): Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Stuttgart und Weimar 1997, S. 54-56 oder Ehrenhard Skiera: Reformpädagogik in Geschichte und Gegenwart. Eine kritische Einführung. München und Wien 2003, S. 106f.

10 Vgl. Hanno Schmitt: Pädagogen im Zeitalter der Aufklärung – die Philanthropen. In: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): Klassiker der Pädagogik, Bd. 1: Von Erasmus bis Helene Lange. München 2003, S. 119-143, hier S. 125. – Basedows bemerkenswert frühe Forderungen nach einer bürgerlichen Gleichstellung der Juden wurden beispielsweise durch den Hamburger Hauptpastor Johan Melchior Goeze als »Missgeburten der Hölle« denunziert.

11 Vgl. Angelika Schaser: Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft. Köln [u.a.] 2000, S. 274.

Reichsinnenministeriums wurde, wo sie sich verstört für Reformen der Wohlfahrtspflege einsetzte, aber ebenso für das Unterrichtsfach Staatsbürgerkunde, den reformpagogischen Arbeitsunterricht, die Landerziehungsheime, Versuchsschulen und das Unterrichtswesen im Ausland zuständig war. Sie war bereits im Juni 1920 bei der Reichsschulkonferenz federfrend tätig.

Wrend im Publikationsorgan des VAA, *Mitteilungen* (seit 1925 *Abwehrblter*), in der Zeit des Wilhelminischen Kaiserreiches lediglich über antisemitische Tendenzen in unterschiedlichen pagogischen Handlungsräumen wie in den Volksschulen,¹² höheren Schulen,¹³ in der Schulaufsicht,¹⁴ in Privatschulen wie den Landerziehungsheimgrndungen von Hermann Lietz (1868-1919)¹⁵ oder in Strömungen der Jugendbewegung¹⁶ berichtet wurde, galt es in der Weimarer Republik, innerhalb dieser Handlungsfelder selbst unmittelbar zum Schutze von Wahrheit, Gerechtigkeit, religier und sozialer Ethik sowie zur Abwehr der kulturschndenden Attacken des Judenhasses und der Judenhetze aktiv zu wirken. Beispielsweise gelang es dem linksliberalen Dresdner Volksschullehrer Max Kosler (1882-1966), Reichsausschussmitglied im VAA, Redaktionsmitglied der vereinseigenen Zeitschrift und Grndungsvorsitzender der 1920 gebildeten Dresdner Ortsgruppe, die Jugendarbeit im VAA zu forcieren. Auf der Hauptversammlung des VAA 1921 in Hamburg forderte Kosler die Verbandsmitglieder dazu auf, dafür Sorge zu tragen, »dass Ihre politischen Parteien zu einem klaren Bekenntnis

12 Der Antisemitismus in der Schule. In: *Mitteilungen* 22 (1912) 24, S. 195. – Vgl. auch zu parallelen Initiativen im 1893 gegründeten *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (CV): Schule und Antisemitismus. In: *CV-Zeitung* 3 (1924) 12 und das Themenheft: Jüdische Kinder in der Schule. In: Ebd. 10 (1932) 52.

13 Antisemitismus an höheren Schulen. In: *Mitteilungen* 29 (1919) 5 & 8, S. 39/40 & 63/64.

14 Als ein Paradebeispiel dafür kann der Widerstand gegen Kurt Lwensteins (1885-1939) Berufung zum Oberstadtschulrat von Berlin gelten. L. war prominenter Erziehungswissenschaftler. Nach der ersten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der neugeschaffenen Gemeinde Groß-Berlin für das Amt des Oberstadtschulrats designiert, war er mit den Stimmen der Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten, die die absolute Mehrheit im Stadtparlament errungen hatten, im September 1920 gewählt worden, sah sich indessen einer von bürgerlichen Rechtsparteien und den christlichen Elternbnden entfesselten monatelangen Kampagne ausgesetzt. Sie gipfelte in den Anwrfen, er sei als Jude wie als Dissident in dem Amt des gesamtverantwortlichen Schulmannes der Reichshauptstadt untragbar; außerdem habe er keine Erfahrungen im öffentlichen Schuldienst. Die Folge war, dass der Oberpräsident der Provinz Brandenburg dem 35jrigen Erziehungspolitiker, der zugleich Reichstagsabgeordneter war, die Bestigung als Oberstadtschulrat versagte. L. wirkte dann von 1921-33 als Stadtrat für Volksbildung in dem Reformpagogik-Zentrum Berlin-Neukölln. – Vgl. dazu die Analyse des VAA, der freilich aus seiner Sympathie für den jüdischen Erziehungstheoretiker keinen Hehl mache, ihn aber dennoch wegen seiner schulpraktischen Unerfahrungheit als ungeeigneten Kandidaten für das avisierte Amt ansah: *Mitteilungen* 30 (1920) 18, S. 116/117.

15 Deutsche Landerziehungsheime und Antisemitismus. In: *Mitteilungen* 23 (1913) 14, S. 111.

16 Vgl. sowohl Antisemitische Strömungen in der Jugendbewegung. In: *Mitteilungen* 23 (1913) 25, S. 197-200 und Der Antisemitismus in der Jugendbewegung – Ein ernsthaftes Erziehungsproblem. In: Ebd., S. 200-202 – als auch Aus der Wandervogelbewegung. In: *Mitteilungen* 27 (1917) 3, S. 23/24.

gegen den Antisemitismus kommen und dieses Bekenntnis in der Öffentlichkeit bekannt geben«.¹⁷ Kosler ging mit gutem Beispiel voran, konnte er doch im selben Jahr folgende Resolution auf dem Parteitag der DDP einstimmig zur Verabschiedung bringen: »Wenn wir aufbauen wollen, dann muss die Schule erst einmal wieder auf eine ruhige Basis gestellt werden. Die Schule ist ein Politikum geworden. Die Politik aber muss heraus aus der Schule. Der Lehrer darf nicht mit Sowjetstern oder Hakenkreuz herumlaufen. Wir haben in Sachsen fast keine Juden, und doch haben wir hier den ekelhaftesten Antisemitismus in den Schulen. In Dresden wurde erklärt, man könne den anderen Kindern nicht zumuten, neben Judenmädchen zu sitzen. Wir müssen diese moralische Verwilderung beseitigen.« Kosler empfahl unter dem Beifall der Delegierten in seinem Antrag »die Reinigung der Schulen vom politischen Kampf und der Rassen- und Klassenhetze«.¹⁸ 1922 legte er seine Schrift »Deutschlands Jugend rette Deutschlands Zukunft! Zugleich eine Antwort auf die Frage: >Ist der Jude Schuld?<< vor. Kosler sollte in seinen späteren Lebensläufen wiederholt herausheben, »dass Walther Rathenau [1867-1922] mir noch bei unserem Zusammensein am Tage vor seinem Tode ein Vorwort zu meiner Broschüre zusagte«.¹⁹

Max Koslers Argumentationsbroschüre, sein »Appell an den Verstand, das selbstständige Denken und die Kritikfähigkeit der Jugend«²⁰ erinnert vom religiösen Hintergrund her an das Reformjudentum und an eine Philosophie, die mit dem Begriff des ethischen Monotheismus umschrieben werden kann. Dieser Begriff nimmt auf die ethische Grundtendenz des Judentums Bezug, die in der hebräischen Bibel, dem Alten Testament, mit dem Gedanken der Nächstenliebe (3. Buch Moses, 19,18) ausgedrückt wird. Der Begriff der Nächstenliebe wird dabei verstanden als Liebe zum Anderen, in den ausdrücklich auch der Nichtjude einbezogen ist. Philosophisch ausformuliert hat

17 *Mitteilungen* 31 (1921) 21/22, S. 135f.

18 Bericht über die Verhandlungen des 3. ordentlichen Parteitages der DDP, abgehalten in Bremen vom 12. bis 14. November 1921, Berlin o.J., S. 113. – Etwas ein viertel Jahrhundert zuvor verwies die *Allgemeine Zeitung des Judentums* kurz vor den Reichstagswahlen in ihrer Ausgabe vom 26. Mai 1893 auf den eigentümlichen Umstand, dass der Antisemitismus gerade dort die größten Erfolge zeigte, wo die Juden »nur einen verschwindend kleinen Bruchteil der Gesamtbevölkerung bilden und schon aus diesem Grund selten Anlass zu Klagen geben«. Diese Diskrepanz zeigte sich besonders im Königreich Sachsen, das zu den deutschen Ländern mit dem niedrigsten Anteil von Juden an der Gesamtbevölkerung zählte. – Folgerichtig musste Felix Goldmann als Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen im CV noch am Ende der Weimarer Republik konstatieren: »In Sachsen gab es nie einen jüdischen Lehrer an öffentlichen Schulen, es gab keinen jüdischen Beamten, keinen jüdischen Abgeordneten und keinen jüdischen Richter.« – Zit. aus *Jüdisches Jahrbuch für Sachsen*, Ausgabe Dresden, Chemnitz, Plauen 1 (1931/32), S. 47.

19 Vgl. z.B. Max Kosler: Politischer Lebenslauf vom 7. Juli 1947. In: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Bezirkstag & Rat des Bezirkes, VdN-Akten, Nr. 4049, Bl. 34/35. – Vgl. aus Anlass des Mordes an Außenminister Walther Rathenau (24. Juni 1922) den Aufruf des VAA in: *Mitteilungen* 32 (1922) 13/14, Titelseite.

20 Zit. aus Koslers benannter Schrift, vollständiger Wiederabdruck in Pehnke 2009 (wie Anm. 1), S. 138-152, zit. S. 140.

dieses Postulat der jüdische Philosoph Hermann Cohen (1842-1918). Die Aufgabe des Juden wird in der ethischen Einheit der Welt gesehen, nicht in der religiösen Abgrenzung und in der Fokussierung auf die Zeremonialgebote. Die Idee des Messianismus wird im Sinne des Weltfriedens verstanden. Daher wird auch verständlich, dass diese Richtung die Diaspora akzeptiert und der Idee des Zionismus eher reserviert gegenübersteht. Der ethische Monotheismus schließt an die jüdische Aufklärung, die Haskala (vor allem Moses Mendelssohn) und an die mit ihr einhergehende Toleranzidee an. Dies alles kommt in Koslers Veröffentlichung deutlich zum Ausdruck. Die Frage, ob jemand Christ ist oder Jude, ist sekundär gegenüber dem Gebot humanen Handelns.

Der »Kampf um die Jugend« wurde sodann auch zu einem zentralen Schwerpunkt der Hauptversammlung des VAA erklärt, die am 15. Oktober 1922 in Mainz stattfand. Unmittelbar zuvor erschien in den *Mitteilungen* des VAA die Ankündigung für Koslers Argumentationsbroschüre: »»Deutschlands Jugend rette Deutschlands Zukunft!« – so apostrophiert Max Kosler, Volksschullehrer in Dresden, unserem Nachwuchs in einem Schriftchen, das er zugleich als eine Antwort auf die Frage ›Ist der Jude schuld?‹ bezeichnet. Mit diesem kleinen Werk kommt der Verfasser, der als Vorsitzender der Dresdner Ortsgruppe unserem Verein nahe steht, tatsächlich einem tief gefühlten Bedürfnisse entgegen, denn gerade die Jugend, die zu einem nicht unbeträchtlichen Teile von gewissenlosen Leuten durch das Gift des Antisemitismus verseucht worden ist, bedarf dringend der Aufklärung, um sie auf den rechten Weg zurückzuführen. In keineswegs trockenem Lehrton werden hier die hauptsächlichsten antisemitischen Lügen und Verdrehungen in objektiver Form dargetan. Diese Sachkenntnis und eine zu Herzen gehende Sprache zeichnen das Werkchen aus, das bei seiner idealen Bestimmung die weitgehende Verbreitung verdient und in großen Mengen an die Schuljugend, Bibliotheken usw. abgegeben werden sollte.«²¹ Der 20.000 Exemplare umfassenden ersten Auflage von Koslers Broschüre folgten 1923, im Jahr der Hyper-Inflation, sowie 1924 nochmals zwei weitere unveränderte Auflagen von jeweils 5.000 Stück.

Der Vereinsvorsitzende Gothein unterstrich auf der Mainzer Hauptversammlung, dass die Volksschulen, die höheren Schulen und die Universitäten ganz besonders dazu berufen seien, die Abwehr des Antisemitismus zu unterstützen. Wenngleich schon viele Volksschullehrer diese Arbeit befördern, so gebe es nach Gothein noch eine ganze Anzahl unter ihnen, »die das Gift des Antisemitismus in die jungen Herzen zu trüfeln sich nicht scheuen«. Noch schlimmer als an vielen Volksschulen sei es an den Gymnasien. »Was soll man zu einem Gymnasiallehrer sagen«, fragt Gothein, »der den in der

21 *Mitteilungen* 32 (1922) 19, S. 106. – Eine neuerliche Titelanzeige findet sich in ebd., Nr. 22/23 vom 30. November 1922, S. 120.

Sekunda sitzenden Schülern den Klassenaufsatz gibt: ›Wie verhalten wir uns gegenüber unseren jüdischen Mitschülern?‹ und der ihnen als Leitmotiv gibt, sie sollen sie zwar nicht verunglimpfen und verspotten, aber sie sollen nicht mit ihnen verkehren.« Jeder, der auf diese Weise den Antisemitismus verbreitet, müsse bekennen: »Ich bin mitschuldig an den furchtbaren Taten, die geschehen sind und die unsere Nation herabdrücken auf die Stufe jener minderwertigen Völker, bei denen Pogrome an der Tagesordnung sind«, mahnte der Vorsitzende des VAA. Und für die Universitäten konstatiert Gothein: »Es gab eine Zeit, wo unsere Burschenschaften die Vorkämpfer für Deutschlands Einheit und Freiheit waren und diesen idealen Gedanken in die Gemüter ihrer Kommilitonen senkten. Heute sind sie Vorkämpfer des Antisemitismus. Heute gehen die Bestimmungen bei manchen Corps, die zu ihren alten Herren unzählige Männer jüdischen Glaubens oder jüdischer Abkunft zählen, dahin, dass sie eine Ahnenprobe verlangen, dass mindestens durch fünf Generationen hindurch kein jüdisches Blut in der Familie vorhanden sei. Der, der Jude ist, oder von gemischblütiger Abkunft, wird damit vom Eintritt in das Corps ausgeschlossen. Ebenso der, welcher ein jüdisches oder farbiges Weib nimmt.« – Mit Ekel und Abscheu müsse man sich von dieser antisemitischen Praxis abwenden. Und mit Bedauern musste Gothein feststellen, »dass die Kultusminister, wenn Beschwerden von uns wegen antisemitischer Betätigung von Schülern und Lehrern an den Schulen und Universitäten usw. vorgebracht worden sind, eine bedauerliche Schlaffheit gezeigt haben, die uns in Erstaunen gesetzt hat. Das war nicht allein bei Unterrichtsministern der Fall, die rechts gerichtet waren oder etwa aus den deutschen Volksparteien hervorgegangen sind, so etwas passierte sogar bei unabhängigen Kultusministern, wenn sie nicht genügend Energie und Verständnis für ihre Stellung haben [...]. Da ist es eben Aufgabe der Öffentlichkeit, dem mit allen Mitteln entgegenzutreten und das an den Pranger zu stellen, was an Ausschreitungen geleistet wird. Ein Lehrer, der sich antisemitisch in der Schule betätigt, der ist kein Erzieher mehr und ist zum Lehrer nicht geeignet. Denn wie kann jemand das Volk erziehen, d.h. es sittlich frei machen, wenn er selbst keine Sittlichkeit hat? Das Ideal von der Gleichberechtigung aller Menschen und aller Bürger muss in den Herzen unserer heranwachsenden Jugend Platz greifen, gerade in dieser Zeit der Not, wo alle Kräfte vereint werden müssen zum Wiederaufbau in wirtschaftlicher, in politischer und sittlicher Beziehung. Unsere Jugend muss empfinden, dass wir ein einig Volk von Brüdern sind, dass wir in dieser schweren Zeit keine Kraft entbehren können.²²

Über antisemitische Entgleisungen in den deutschen Hochschulen berichtete zuvor bereits das Publikationsorgan des VAA, indem es u.a. auf folgendes »geradezu unerhörtes Stück ›völkischen‹ Irrsinns« an der Technischen Hoch-

22 Zit. n. (einschließlich vorstehender Zitatpassagen) *Mitteilungen* 32 (1922) 22/23, S. 114.

schule in Dresden hinwies: Die dortigen Studenten hatten beschlossen, die Staatsangehörigen fremder Staaten nur zur Immatrikulation zuzulassen, wenn sie durch Ehrenwort bekräftigen, von Vater- und Mutterseite bis zu den Großeltern kein jüdisches Blut in sich zu haben, und dies sei auf Verlangen nachzuweisen. Im Übrigen aber seien die Staatsangehörigen fremder Staaten wie deutsche Staatsangehörige zu betrachten, also eine Beschränkung in der Zahl sollte bei der Zulassung nicht stattfinden. Nicht so bei deutschen Studierenden jüdischer Konfession. Diese können zwar zugelassen werden, jedoch würden sie als einer nationalen Minderheit innerhalb des deutschen Reiches zugehörig angesehen und dürften daher in der Studentenschaft nur zu einem Prozentsatz zugelassen werden, der der reichsweiten Gesamtzahl der Juden entspräche.²³

– Dazu schlussfolgerte der VAA, »dass die deutschen Juden nach der Meinung der Dresdner jugendlichen Patentpatrioten weit hinter den Ausländern rangieren, die – soweit sie Nichtjuden sind – ausdrücklich den inländischen Studenten rechtlich gleichgestellt werden sollen. Dass eine derartige Schildbürgerei ausgerechnet in dem fast judenreinen, altberüchtigten Antisemiten-Dorado Sachsen von dem völkischen Sturmtrupp ›Akademische Jugend‹ verübt wird, kann ja niemanden wundernehmen, der den Geist unserer Hochschulen kennt, aber es wird endlich höchste Zeit, dass die Kultusminister einmal nach dem Rechten sehen und mit eisernem Besen diesen Augiasstall säubern.« Neben den Vorfällen in Rostock und Greifswald, in Gießen und Marburg, Berlin und Karlsruhe beweise dieser Dresdner Beschluss nur zu deutlich, wie wenig die studierende Jugend gewillt sei, den Verfassungssatz der Rechtsgleichheit zu respektieren: »Der Ruhm aber, die Methoden zaristisch-russischer Judenentrechtung noch übertrumpft zu haben, soll der Technischen Hochschule nicht vorenthalten werden. Hat es doch selbst russische Willkür nicht unternommen, russische Juden hinter Ausländern derart zurückzusetzen, wie es die Dresdner völkische Blüte der Nation tun möchte.«²⁴

Max Kosler eröffnete auf der Mainzer Hauptversammlung die öffentliche Diskussion mit folgenden Anmerkungen: »Die Jugend bedarf ganz besonders unserer Beachtung. Die Antisemiten versuchen, die Jugend an ihren Wagen zu spannen. Die Jugendbewegung, die vom Antisemitismus entfacht worden ist, wird ganz bestimmt eine Gefahr für unser Vaterland werden, wenn wir nicht allergrößten Eifer der Bekämpfung der Vergiftung unserer Jugend durch den Antisemitismus widmen.« Und besonders seien es die Eltern, die Priester der christlichen Kirchen und die Lehrer, die hauptsächlich geeignet und berufen seien, über dem zu wachen, was die Jugend lese. Deshalb dürften nicht die antisemitischen Schriften eines Theodor Fritsch oder Artur Dinter in die Hände Jugendlicher gelangen. Kosler illustrierte, dass an einem sächsischen

23 Vgl. Über-Holigans. In: Ebd. 30 (1920) 7, S. 55/56, hier S. 55.

24 Ebd., S. 55f.

Lehrerseminar ein Lehrer im Religionsunterricht das Buch von Dinter *Die Sünde wider das Blut* (1918) behandelt habe. Dieser Pädagoge sei heute noch Religionslehrer und werde durch den sächsischen USPD-Kultusminister geduldet. Und Kosler gibt schließlich zu bedenken: »Überlegen Sie sich, Seminaristen, zukünftige Volkserzieher werden durch ihren Religionslehrer, der ihnen Autorität ist, mit gemeinsten antisemitischen Schriften versorgt! Wenn wir Deutschland retten wollen, dann müssen wir die Jugend frei machen von diesem Antisemitismus, denn wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!«²⁵

Die sowohl von Gothein als auch von Kosler in Mainz kritisierte Praxis antisemitischer Hetze in pädagogischen Räumen und deren ministerielle Duldung lässt sich an den zwei nachfolgend illustrierten Fallbeispielen aus der basis-pädagogischen Arbeit Max Koslers als Vorsitzender der Ortsgruppe Dresden des VAA beispielhaft illustrieren:

Judenhetze in den Fortbildungsschulen

Unter dieser Überschrift berichtete die *Unabhängige Volkszeitung* in Dresden (Nr. 98 vom 29. April 1920), dass der Lehrer Walter Kühn²⁶ seinen Schülern an der III. Fach- und Fortbildungsschule einen Vortrag gehalten habe, in dem er »alle Schuld für unsere heutigen Zustände auf die Juden schob. Das ganze Kapital wäre in Händen der Juden, ganz Deutschland würde von Juden regiert. Die Verhältnisse würden sich erst bessern, wenn sämtliche Juden besiegt wären. [...] Die Beweisführung dieses ›Pädagogen‹ ist kostlich. Jedenfalls in Ermangelung eigener Geistesschärfe kolportierte er den jungen, unaufgeklärten Menschen die Weisheiten eines kürzlich verteilten antisemitischen Flugblattes und plärrte alle Dummheiten wortgetreu nach. Uns kann die Bloßstellung dieser Geistesgröße nur recht sein. Im Interesse der jungen Generation verlangen wir aber, dass Maßnahmen getroffen werden, diesem Herrn das Handwerk der antisemitischen Vergiftung der Schüler zu legen.«

Nachdem sich der Bezirksschulausschuss in seiner 26. Sitzung am 18. August 1920 mit 15 gegen 6 Stimmen für die Versetzung Kühns ausgesprochen hatte, schloss sich dem auch der Rat der Stadt Dresden in seiner Beratung vom 24.

25 Wie Anm. 22, S. 115. – Vgl. in diesem Zusammenhang den nahezu identischen Bericht »Unglaubliche Hetze in der Schule« über antisemitische Entgleisungen aus dem Braunschweigischen Holzminden, der bereits in den *Mitteilungen* 30 (1920) 8, S. 63 veröffentlicht wurde.

26 Der 1888 in Göggendorf Geborene besuchte 1903-09 die Lehrerseminare in Annaberg und Leipzig und war ab 1913 als Volksschul- und seit 1919 als Berufsschullehrer in Dresden angestellt. Von 1922-24 wirkte K. als Stadtverordneter der Deutschnationalen Volkspartei, wurde im Mai 1919 Mitbegründer einer *AG bürgerlich gesinnter Lehrkräfte*, 1921 Vors. des Sächsischen Erzieherbundes, 1924 2. Vors. des *Neuen Sächsischen Lehrervereins*, 1925 zum OL ernannt. – Die Nazis beriefen K. im Oktober 1933 zum Gewerbeschulrat für den Aufsichtsbezirk Leipzig (Stadtarchiv Dresden, 2. 3. 20, Schulamt, PA: K 272).

September 1920 an. In einem Bericht an das Ministerium vom 25. September 1920 schrieb der Bezirksschulrat, »dass der Lehrer Walter Kühn in seinem Unterricht einen gegen die Juden und gegen die Teilnahme der Juden an der Regierung gerichteten Vortrag eingeflochten hat. Er hat dadurch die im Unterricht an einer öffentlichen Schule erforderliche Unparteilichkeit nicht gewahrt und das Vertrauensverhältnis und damit die erzieherischen Teile seines Unterrichts gestört.« Schließlich betonte der Bezirksschulrat, dass er allerdings der mehrheitlich geforderten Versetzung Kühns nicht zugestimmt habe. Mit Schreiben vom 16. Oktober 1920 betrachtet das Kultusministerium, das in der Phase der MSPD/DDP-Koalitionsregierung vom 6. Oktober 1919 bis 8. Dezember 1920 dem liberalen Reformpädagogen und Bildungspolitiker Richard Seyfert (1862-1940) unterstand, »es nach dem Ergebnisse der Erörterungen als ausreichende Maßnahme, wenn Lehrer Kühn außerhalb des Dienststrafverfahrens auf das Unzulässige seines Verhaltens hingewiesen und vor Wiederholung gewarnt wird. Seiner Versetzung an eine andere Schule zuzustimmen, hält das Ministerium sonach nicht geboten.«²⁷

Ausgrenzung jüdischer Schülerinnen an privaten Mädchenschulen

Max Kosler veranlasste in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Dresdner Ortsgruppe des VAA die Familienväter Julius Lichtenstein und Moritz Rapaport, sich im Dezember 1921 schriftlich an ihn zu wenden, um die Praxis der höheren privaten Mädchenschule anzuprangern, die prinzipiell die Aufnahme von jüdischen Schülerinnen verweigerte. Sodann schrieb Kosler folgenden Brief an den USPD-Kultusminister Hermann Fleißner (1865-1939)²⁸, der in der Phase der sozialistischen Minderheitsregierung vom 9. Dezember 1920 bis 4. Januar 1924 unter Ministerpräsident Wilhelm Buck (1869-1945) dem Kultusministerium vorstand:

27 Stadtarchiv Dresden, Schulamt, 2.3.20: Antisemitismus in der Schule, Nr. 42, Bl. 11 und 14 bis 16.

28 Unter Fleißner avancierte das Kultusministerium zu einer ausgesprochenen Reforminstanz: So wurden u.a. das »Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden«, das »Gesetz über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes« und das »Gesetz über die Ausbildung der Volkschullehrer« auf den Weg gebracht. Letzteres regelte die Ausbildung der Volksschullehrer an den Universitäten, nicht mehr wie bisher am Seminar. Als »größte kulturelle Tat der sozialdemokratischen Regierung« feierten beide Fraktionen (SPD und USPD) das im Jahre 1922 beschlossene »Schulbedarfsgesetz«, das die Weiterführung des bereits bestehenden »Übergangsgesetzes« u.a. den unentgeltlichen Unterricht für die achtjährige Schulzeit, die Herabsetzung der Schülerzahl in den Schulklassen, die Erhöhung der Schulstundenzahl, eine Aufstockung des Lehrerpersonals, die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl für Lehrer und zuletzt auch die Abschaffung der körperlichen Züchtigung beinhaltete. Die beabsichtigte Reform des höheren Schulwesens (Einheitsschule) gelang Fleißner infolge der im Oktober 1923 vorgenommenen Reichsexekution und der damit verbundenen politischen Wende in Sachsen nicht mehr (vgl. Burkhard Poste: Schulreform in Sachsen 1918-1923. Eine vergessene Tradition deutscher Schulgeschichte. Frankfurt am Main [u.a.] 1993, S. 61 ff.).

»Sehr geehrter Herr Minister! – Sie hatten die Güte, mir in der am 5. Dezember [1921] stattgehabten Unterredung die Zusendung beifolgender zwei Eingaben an Sie persönlich zu gestatten und sicherten mir zu, die Beschwerden nach Kenntnisnahme selbst an die amtlichen Zwischenstellen zur sachlichen und beschleunigten Erledigung zurückzugeben. – Außer den beiden zur Beschwerde kommenden Fällen sind mir noch mehrere gleicher Art bekannt. Nach meiner Ansicht handeln die Privatschulleiterinnen direkt gegen den klaren Willen der Verfassung. Ich habe die beiden Herren Beschwerdeführer zur Überreichung ihrer Eingaben durch mich veranlasst, um noch einmal Gelegenheit nehmen zu können, Herrn Minister um ein energisches Vorgehen gegen den immer mehr im Zunehmen begriffenen antisemitischen Unfug an den Schulen – leider auch an den Volksschulen – zu bitten.

Eine Verordnung gegen den Hakenkreuzunfug oder gar die Bekanntgabe einer solchen in den Schulen habe ich tatsächlich nicht feststellen können; im Gegenteil wird das Hakenkreuz in allen Schulgattungen von Lehrern und Schülern noch immer demonstrativ getragen. Deshalb werden die hinter mir stehenden Volkskreise für das mir am 5. Dezember in Aussicht gestellte Verbot besonders dankbar sein. – Ich hoffe, mit dem wiederholten Vortragen dieser Angelegenheit nicht lästig geworden zu sein und bin mit größter Hochachtung.«²⁹

Die ministerielle Antwort wurde am 7. März 1922 verfasst und geht in bezeichnender Weise gar nicht auf das von Kosler initiierte und erhoffte Verbot von Nazisymbolen in öffentlichen Bildungseinrichtungen ein: »Aus den Berichten der Inhaberinnen der in Frage stehenden Privatschulen ergibt sich, dass von ihnen die Aufnahme jüdischer Schülerinnen – teils grundsätzlich, teils in einzelnen Fällen – abgelehnt worden ist. Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften kann jedoch ein solches Verhalten nicht beanstandet werden. Weder im Volksschulgesetz vom 26. April 1873, noch im Übergangsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 findet sich eine Bestimmung, auf Grund deren Inhaber privater Volksschulen gezwungen werden könnten, Angehörige jedes Bekenntnisses aufzunehmen. Dem gemäß ist auch bei Genehmigung der in Frage stehenden Schulen den Inhabern keine solche Verpflichtung auferlegt worden. Die Aufnahme und Entlassung der Schüler in Privatschulen beruht auf einem rein privatrechtlichen Vertragsverhältnis, über das somit den Schulinhabern die freie Verfügung zusteht. Bei dieser Rechtslage ist das Ministerium nicht in der Lage, einen Zwang in der Richtung auszuüben, dass Kinder bestimmter Bekenntnisse in diese Schulen – die überdies eine Unterstützung aus Staatsmitteln nicht erhalten – aufgenommen werden.«³⁰

29 Wie Anm. 27, Nr. 42, Bl. 20 bis 31, hier Bl. 21b.

30 Ebd., Bl. 30.

Immer stärker rückte der VAA in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre den Kampf gegen die nationalsozialistischen Rassentheorien, der gefährlichsten Form des Antisemitismus, in den Vordergrund. Hatte Kosler bereits seit Anfang seiner politischen Aktivitäten zu Beginn der Weimarer Republik sein Hauptaugenmerk auch auf die sogenannten Hakenkreuzeleien gerichtet, so wurde die Auseinandersetzung mit Hitlers *Mein Kampf* und den judenfeindlichen Aktivitäten der NSDAP im Publikationsorgan des VAA seit 1925 geführt.³¹ Den dabei vollzogenen Erkenntnis- und Entwicklungsprozess von zunächst vage formulierten Protesten und zum Teil verharmloser Kritik bis hin zur entschiedenen Auseinandersetzung hat Barbara Suchy analysiert.³²

Frage man in diesem Zusammenhang danach, was den VAA privilegiert, auch in die Bildungsgeschichte einzugehen, dann zählt dazu beispielsweise, Lehrmaterial bereitgestellt zu haben, »in dem die Notwendigkeit dargetan ist, dem rechts-, sitten- und kulturwidrigen Antisemitismus bereits durch entsprechende vorbeugende Einwirkung auf die heranwachsende Jugend zu begegnen«.³³ In diesem Zusammenhang wurde zuvörderst das Lehrbuch *Erziehende Rechtskunde – Handbuch zum Lehrstoff für Volks-, Mittel- und höhere Schulen* empfohlen, das durch den Berliner Rektor Eichhoff und den Rechtsanwalt Baer herausgegeben wurde. Die Redaktion der *Abwehrblätter* veröffentlichte aus diesem Buch beispielgebend die vollständige Unterrichtslektion zum Thema »Grabmalschändungen auf einem jüdischen Friedhof durch christliche Volksschüler«.³⁴ Des Weiteren initiierte der VAA selbst Forschungsarbeiten wie die von Bruno Altmann, der den enormen Anteil jüdischer Persönlichkeiten an der Etablierung der Erziehungswissenschaft in Geschichte und Gegenwart analysierte, indem er u.a. die Impulse des Breslauer Arztes Hermann Cohn (1838-1906) für die Schulgesundheitspflege, die Leistungen von William Stern (1871-1938) für die Experimentelle Pädagogik und Psychologie oder die individualpsychologischen Forschungen von Alfred Adler (1870-1937) und Siegmund Freud (1856-1939) in ihrer Bedeutung für die Pädagogik herausstellte.³⁵

Als Ende der 1920er Jahre die nationalistische Gefahr im Lande immer stärker wurde und der Abbau der Weimarer Demokratie stürmisch voranschritt, forcierten die Mitglieder des VAA vor allem mittels ihrer *Abwehrblätter* und ihrer vereinseigenen Agitationsbroschüren den publizistisch geführten Kampf gegen die nazistische Rassenlehre, gegen Provokationen der NSDAP, gegen NS-Politik im Allgemeinen und ihren Rassenwahn im Besonderen. Des Wei-

31 Vgl. *Abwehrblätter* 35 (1925) 19/20, S. 96ff. und 37 (1927) 3/4, S. 17f.

32 Siehe Anm. 3.

33 *Abwehrblätter* 40 (1930) 4, S. 38-40, zit. S. 38.

34 Ebd., S. 39f.

35 Vgl. Bruno Altmann: Juden in der Pädagogik. In: Ebd. 42 (1932) 3, S. 39-43.

teren wurden reichsweit Massenversammlungen organisiert, auf denen auch Pädagogen wie Max Kosler oder Leberecht Schulze, langjähriger stellvertretender Vorsitzender des Dresdner Ortsvereins im VAA³⁶, u.a. in Hamburg, Stettin, Halle/Saale, Mainz und Wiesbaden als Redner für ein harmonisches deutsch-jüdisches Zusammenleben warben.

Bei der Reichstagswahl 1930 gab der VAA die Lösung aus »Keine Stimme der NSDAP!« und erklärte, wer diese Partei wähle, mache sich mitschuldig, wenn Deutschland »in den Bürgerkrieg, in das Chaos, in den Untergang als Volk und Staat geführt wird«.³⁷ Den Wahlerfolg der Nazipartei betrachtete er als »ernstes Warnungszeichen«, das zu »verdoppelter Hingabe an der Sache der Humanität« verpflichte und »mit gesteigerter Aufklärungsarbeit« beantwortet werden müsse.³⁸ Der VAA, der auf dem Höhepunkt seines Kampfes gegen den Antisemitismus nochmals die Effizienz seiner Arbeit durch eine Erhöhung der Auflage seiner *Abwehrblätter* auf 25.000 Exemplare steigern konnte, prangerte wiederholt die Friedhofs- und Synagogenschändungen sowie pogromartige Ausschreitungen der Nazis gegen jüdische Staatsbürger an und wies auf die den Juden nach Errichtung eines nationalsozialistischen Regimes drohenden Gefahren hin.³⁹

Ausgerechnet in dieser Atmosphäre musste der Verein sein 40jähriges Vereinsjubiläum begehen: »Die Tatsache seines vierzigjährigen Bestehens kann aber nicht Anlass bieten zu festlicher Jubiläumsfeier. Ein kulturpolitischer Kampfbund wie der Abwehrverein hätte erst an dem Tage Recht und Möglichkeit zu freudigem Jubel, an dem seine Aufgabe erfüllt, er selbst also überflüssig geworden wäre, weil die Kulturschande, gegen die seine Front gerichtet ist, zu bestehen aufgehört hätte. Dieser Tag scheint aber heute ferner zu sein als jemals in den letzten vier Dezennien. Niemals in diesem Zeitraum [...] erschien seine Existenz notwendiger, der Kreis seiner Pflichten und Aufgaben größer als heute.«⁴⁰

Geleitworte zum 40jährigen Bestehen des Abwehrvereins wurden Anfang 1931 von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den *Abwehrblättern* publiziert. Stellvertretend sei an dieser Stelle auf Siegfried Kawerau (1866-1936), dem Mitbegründer und Schriftführer des *Bundes Entschiedener Schulreformer* (BES) und vor allem leidenschaftlichen Streiter für die Beseitigung von Feindbildern im Allgemeinen sowie denen in Geschichts-

36 Über Koslers DDP-Parteifreund, den Dresdner Berufsschullehrer Leberecht Schulze, geboren am 12. September 1890 in Dresden, der 1911 das Lehrerseminar in Dresden-Strehlen absolviert hatte, konnten bislang noch keine weiteren biografischen Angaben ermittelt werden.

37 Im Dritten Reich (Flugblatt). In: *Abwehrblätter* 40 (1930) 8/9, Beilage.

38 Ebd. 40 (1930) 10, S. 132.

39 Vgl. ebd. 41 (1931) 7, S. 177/178 und Nr. 8/9, S. 218ff. sowie 42 (1932) 4/5, S. 67f.

40 Max Heilmayr: Vierzig Jahre. In: Ebd. 41 (1931) 1/2, S. 1-8, hier S. 1.

lehrbüchern im Besonderen, verwiesen.⁴¹ Er betonte: »Dass die Arbeit des ›Vereins zur Abwehr des Antisemitismus‹ heute noch notwendig, nach vierzigjähriger Tätigkeit noch so notwendig ist, ist eins der traurigen Symptome unserer dunklen Zeit. Aber schließlich muss ja auch die Reblaus oder die Rattenplage oder das Malaria-Fieber durch organisatorische Maßnahmen bekämpft werden. Mein herzlichster Wunsch ist der, dass Ihr Verein überflüssig werde. Und vielleicht ist das ein Unterpfand kommender besserer Zeiten, dass ein Ausschuss aus Vertretern des Stockholmer Kongresses für praktisches Christentum und des Weltfreundschaftsbundes der Kirchen am 23. August 1926 ein Programm zur Revision der Geschichtsbücher angenommen hat, dessen dritter Punkt lautet: ›Vermeidung aller generalisierenden Werturteile (besonders der Diffamierung ganzer Völker und Rassen).‹ Dies Programm liegt der Erneuerungsarbeit auf dem Gebiet des Geschichtsunterrichts bei den meisten Kulturvölkern zu Grunde. Mit dieser Reinigung unseres Denkens und Urteilens muss Hand in Hand gehen eine Läuterung unseres Willens. Es ist nur ein Zeichen von Art- und Lebensschwäche, von Flucht vor Verantwortung und Feigheit, wenn man sich selber unverdrossen seine edle Abstammung und Blutreinheit bescheinigt, sich immerzu daran erinnern muss, dass man ein Deutscher ist; wenn man von den Beilsiegen der arischen Lichtvölker träumt und im ›Juden‹ den Sündenbock (im Grunde fürs eigene Versagen) gefunden zu haben meint. Anstatt zu sagen: mea culpa, mea maxima culpa. Anstatt zu handeln unter gemeinsamem Schicksal an gemeinsamer Aufgabe. Mit Ihnen ist die Gemeinschaft aller anständigen Menschen.«⁴²

Auch der namhafte Repräsentant der deutschen Reformpädagogik-Entwicklung Georg Kerschensteiner (1854-1932), der seit 1895 an der Spitze des Münchener Schulwesens stand, 1912 für die Fortschrittliche Volkspartei in den Reichstag gewählt wurde und sich seit 1918 als Universitätsprofessor u.a. für die Arbeitsschulbewegung engagierte, meldete sich in den *Abwehrblättern* unter der Rubrik »Bayerische Stimmen gegen den Judenhass« wie folgt zu Wort: »Ich erkläre den Antisemitismus als eine unsittliche Stellungnahme gegenüber Mitmenschen und insbesondere Mitbürgern. Wer immer eine Klasse oder Rasse allgemein der sittlichen Minderwertigkeit bezichtigt, begeht ein Unrecht, denn keine Rasse, keine Klasse ist in allen ihren Gliedern

41 Der promovierte Berliner Oberstudiendirektor redigierte die Zeitschrift *Die Neue Erziehung*, nachdem der BES diese vom Verband sozialistischer Lehrer übernommen hatte. K. veröffentlichte 1921 seine vielbeachtete *Soziologische Pädagogik* (Leipzig 1924) und war seit 1927 als Schulleiter an verschiedenen höheren Schulen in Berlin tätig. 1933 wurde er aus dem Schuldienst entlassen und zeitweise inhaftiert, dabei mehrfach schwer misshandelt. 1936 starb er – erst 50jährig – an Lungenkrebs. Vgl. Kaweraus Autobiografie: *Selbstbildnis* (Leipzig 1928).

42 Antisemitismus und Abwehr. Geleitworte zum vierzigjährigen Bestehen des Abwehrvereins. In: *Abwehrblätter* 41 (1931) 1/2, S. 12ff, hier zit. S. 30f. – Siehe auch die Würdigung »Vierzig Jahre VAA« in: *Ethische Kultur: Wochenschrift zur Verbreitung ethischer Bestrebungen* 39 (1931) 3, S. 20/21.

durchweg gut oder durchweg schlecht. Die ungeheure Gefahr, die in einer solchen Haltung liegt, besteht darin, dass sie die Menschen der Gerechtigkeit entwöhnt. Die Gerechtigkeit gegen jeden Einzelnen ist aber allein die Grundlage eines gesunden Gemeinschaftslebens.«⁴³

Zu einem Höhepunkt der Abwehrarbeit avancierte die letzte Jahreshauptversammlung des VAA, die – nicht zuletzt durch die Bemühungen der Dresdner Mitglieder des Reichsausschusses um den demokratischen Oberbürgermeister Wilhelm Külz (1875-1948) und Max Kosler – am 23. Juni 1932 im Dresdner *Belvedere* stattfand. Die vornehme Sachlichkeit der historischen Feststellungen, die prägnante Herausarbeitung der kulturpolitischen Gegenwartssituation und Zukunftsaufgabe sowie die klare Entwicklung der christlichen Grundsätze gegenüber den antisemitischen Theorien und Postulaten wurde – wie es in den historischen Konferenzberichten heißt – mit stürmischem Beifall bedacht. Die Veranstaltung wurde aber zugleich von lärmenden Zwischenrufen einer Gruppe von Antisemiten gestört, die ihre Zugehörigkeit zur NSDAP mit großem Stimmaufwand deutlich machten.⁴⁴

Grundlegend für den VAA waren stets die liberalen Werte wie Freiheit des Gewissens für jede religiöse, politische oder wissenschaftliche Überzeugung des Einzelnen sowie gleiche Rechte und Pflichten für jeden Staatsbürger unabhängig von der Konfession. Diese Grundsätze standen, wie Auguste Zeiß-Horbach analysierte,⁴⁵ so hoch, dass sie auch gegenüber den Antisemiten angewandt wurden. Während die Antisemiten ihre totale Parteinahme gegen die Juden in wüsten Beschuldigungen ausspielten, zeigten die Mitglieder des VAA die ehrenwerte Haltung, auch andere Meinungen gelten zu lassen, verlangten gar von betroffenen Juden Toleranz gegenüber denen, die ihnen selbst keinerlei Toleranz entgegenbrachten. Mit dieser Haltung ging der Verein an der Realität vorbei. Er erwartete im Sinne des Menschenbildes der Aufklärung, dass eine vernünftige Argumentation und die Vorbildfunktion gebildeter und bekannter Persönlichkeiten die Menschen von irrgen Meinungen abbrächten. Der VAA vertraute auf die Wirkung der Aufklärung gegen den irrationalen Judenhass. Den Mitgliedern des Abwehrvereins wurde zunehmend deutlich, dass für die Bevölkerungsmehrheit solche Argumente nicht zugänglich waren. Selbst Gebildete, für die das Aufklärungsmaterial gedacht war, ließen sich von der antisemitischen Bewegung in ihren Bann ziehen. Im Verein wurde die Ineffektivität seiner rationalen Argumentations-

43 *Abwehrblätter* 40 (1930) 6/7, S. 85.

44 Vgl. Die antisemitische Gefahr. Bericht über die Dresdner Tagung des Abwehrvereins. In: *Abwehrblätter* 41 (1931) 7, S. 145-167.

45 Zeiß-Horbach 2008 (wie Anm. 3), S. 54f., 84.

weise zunehmend erkannt, er sah sich aber außerstande, etwas anderes an seine Stelle zu setzen.

Nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur musste der VAA seine Tätigkeit einstellen. Das letzte Heft der *Abwehrblätter* erschien in reduzierter Auflage von 20.000 Exemplaren im März 1933. In ihm wurde gegen die verstärkt einsetzende antisemitische Hetze und die beginnende Judenverfolgung scharf Stellung genommen.⁴⁶ Gothein trat am 2. April 1933 als Vorsitzender des VAA zurück. Heinrich Krone (1895-1989) koordinierte sodann sowohl die Auflösung seiner Zentrumspartei als auch die des VAA für den 7. Juli 1933, nachdem zahlreiche Mitglieder aus berechtigter Angst vor den Nazis ausgetreten waren, Räumlichkeiten des VAA durchsucht und Material und Spendengelder beschlagnahmt wurden. Einen Restbetrag von 1.000 RM konnte der Abwehrverein noch gerade rechtzeitig an jüdische Gemeinden in Berlin und Frankfurt am Main verteilen.

Prominente Hauptrepräsentanten des VAA wie Max Kosler oder der Leipziger Historiker Walter Götz (1867-1958)⁴⁷ wurden noch vor dem berüchtigten »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstums« (GWB) vom 7. April 1933 aus politischen Gründen aus dem Öffentlichen Dienst entfernt. Andere Gegner des Antisemitismus wie der liberale Reichstagsabgeordnete Heinrich Landahl (1895-1971) zählten sogleich zu jenen Pädagogen, die umgehend mittels dieses Gesetzes gemaßregelt wurden.⁴⁸

46 Vgl. *Abwehrblätter* 43 (1933) 3. – Vgl. auch Rainer Erkens und Horst R. Sassin: Dokumente zur Geschichte des Liberalismus in Deutschland 1930-1945. Sankt Augustin 1989, S. 265-269, 295-299 und 319/320.

47 Götz war 1920-28 als Mitglied der DDP Abgeordneter im Reichstag. Er hatte noch auf der letzten Jahrestagung des VAA im Juni 1932 in Dresden eines der Hauptreferate zum Thema »Der Antisemitismus im neuen Deutschen Reiche« gehalten. – Vgl. Wolf Volker Weigand: Walter Wilhelm Goetz (1867-1958). Eine biografische Studie über den Historiker, Politiker und Publizisten. Boppard a. Rh. 1992.

48 Landahl verlor 1933 sein 1927 übernommenes Amt als Leiter der berühmten Lichtwarkschule, des einzigen Hamburger Reformgymnasiums. Zur demokratisch-republikanischen Kultur dieser Schule gehörte es, dass hier Antisemitismus und aufkommender Nationalsozialismus bis 1933 keinen Anklang finden konnten. Ein ehemaliger Lichtwarkschüler und nach 1933 aktiver Widerstandskämpfer erinnerte sich in diesem Zusammenhang an folgenden Vorfall am Ende der 1920er Jahre: »Auf einem Sportfest der Hamburger höheren Schulen im Hammer Park war der Höhepunkt der 100-Meterlauf der älteren Jungen. Sieger wurde, ich werde den Namen nie vergessen, ein Junge mit Namen Goldschmidt. Ein ungeheures Gepöbel und Geheule der Gymnasiasten setzte ein. Ein Jude war Sportchampion der Saison geworden! Das konnten diese ›Germanen‹ nicht ertragen. Nur aus der Ecke der Lichtwarkschule kam demonstrativer Beifall. Die Gymnasiasten und die Universität waren die ersten Hochburgen der Nazis; ›die Blüte der Nation, die späteren Oberbeamten, Offiziere, Richter und Staatsanwälte!‹« Vgl. Hellmut Kalbitzer: Widerstehen oder Mitmachen. Eigensinnige Ansichten und sehr persönliche Erinnerungen. Hamburg 1987, S. 32. – Mit offenen antisemitischen Attacken sah sich diese Versuchsschule im Allgemeinen sowie ihr jüdischer Lehrer Ernst Loewenberg im Besonderen seit dem Erscheinen des ersten Hamburger Presseorgans der NSDAP, der Wochenzeitung *Hamburger Volksblatt*, Anfang Januar 1928 wiederholt konfrontiert, vgl. z.B. »Jüdische Politik in der Lichtwarkschule« in: *Hamburger Volksblatt* vom 20. August 1928. Vgl. Joachim Wendt: Die Lichtwarkschule Hamburg 1921-1937. Hamburg 2000, S. 379.

Das letztendliche Scheitern des VAA ist weniger in den Unzulänglichkeiten und Fehlern seiner Protagonisten und ihren Argumenten oder Methoden zu suchen, sondern vielmehr bei denjenigen, die in nicht ausreichendem Maße die Beweggründe des VAA unterstützten sowie bei der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die die humanistischen Werte des VAA vollkommen ausklammern konnten.⁴⁹ Sowohl der 1893 gegründete *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (CV),⁵⁰ der sich mit seinen 70.000 Mitgliedern zur größten jüdischen Organisation entwickeln konnte, als auch der viel kleinere VAA mit seinen 20.000 Anhängern standen, von der Kräftekonstellation her geurteilt, auf verlorenem Posten, als der Antisemitismus zu einer mächtigen Massenbewegung anschwoll, die zudem dann auch noch für ihre Ziele staatliche Machtmittel einsetzen konnte.

Zwar haben die führenden Persönlichkeiten des VAA vor dem Hintergrund des tödlichen Ausgangs des Antisemitismus in Nazideutschland ihr großes Ziel, den Antisemitismus zu beseitigen, auch nach vier Jahrzehnten bekanntlich nicht erreichen können. Dennoch blieb es unter denkbar gefährlichen Rahmenbedingungen für viele ehemalige Vereinsmitglieder wie Kosler möglich, verfolgten Juden Hilfe und Zuspruch zukommen zu lassen. Mitte März 1933 wurde Max Kosler für sechs Monate im Dresdner »Hilfs-KZ« Mathildenstraße inhaftiert. 1936 übernahm er die Wirtschaftsberater-Praxis seines jüdischen Freundes Hans Pohly. Wegen seiner fortwährenden Unterstützung verfolgter jüdischer Bürger wurde Kosler 1939 erneut in Gestapohaft genommen und schwer misshandelt. Im Rückblick auf die Naziära schrieb er 1947: »Ich half den Juden, die die Absicht hatten, ins Ausland zu entweichen, zu ihrem Fortkommen und versteckte Teile ihres Vermögens.«⁵¹

So gesehen darf das Schicksal des VAA und seiner Repräsentanten nicht ausschließlich in der Kategorie des Misserfolgs interpretiert werden. Während in der Historiografie die Erinnerung daran allzu lange blind blieb, war sie stets wach bei den dankbaren jüdischen Zeitzeugen, die mit dem Titel *Gerechter unter den Völkern* sogar eine herausragende Auszeichnung schufen, die an Persönlichkeiten wie Konrat Ziegler⁵² für genau die Zivilcourage und empfangene Hilfe während der Nazi-Ära verliehen wurde, die zeitgleich auch Max Kosler Opfern der verbrecherischen Rassenpolitik des NS-Regimes in Dresden hatte angedeihen lassen. Auch die winzige Minderheit der Retter und Helfer von Verfolgten hat ein Recht, nicht vergessen zu werden.⁵³ Wir wissen

49 Vgl. Suchy 1985 (wie Anm. 3), S. 102f.

50 Vgl. Avraham Barkai: »Wehr Dich!« Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893-1938. München 2002.

51 Wie Anm. 19, Bl. 34/35.

52 Vgl. oben, Anm. 5.

53 Vgl. den Literaturbericht zu den *Judenhelfern* von Angela Borgstedt in: Michael Kissener (Hg.): Widerstand gegen die Judenverfolgung. Porträts des Widerstandes, Bd. 5. Konstanz 1996, S. 285-341 sowie zuletzt Samson Madievski: Die anderen Deutschen. Rettungswiderstand im Dritten Reich. Aachen 2008.

noch viel zu wenig über die in der jüdischen Literatur gar nicht selten beschriebenen, aber in der Forschung sehr vernachlässigten sogenannten »stillen Helden, die deutschen Nichtjuden, die den Verfolgten halfen«, wie es beispielsweise die jüdische Schriftstellerin und Journalistin Inge Deutschkorn in ihrer Autobiografie⁵⁴ beschreibt, Brückenbauer für ein harmonisches deutsch-jüdisches Zusammenleben. Während die absolute Mehrheit der Deutschen dem ethnisch-bürokratischen Herrschaftswahn als Befehlende und Ausführende Gefolgschaft und Bewunderung erwies, ließen nur wenige Pädagogen, selbst von den Nazis gemäßregelt, ihren exponiertesten Opfern, den in Europa lebenden Juden, Hilfe zuteil werden. Zu diesen *Helfern*, wie sie von Anne Frank (1929-1945) in ihrem berühmten Tagebuch bezeichnet wurden, zählten folgende Persönlichkeiten aus der Pädagogenschaft:

- Elisabeth Abegg, Lehrerin an einer Berliner Mädchenschule, war aktiv in der Widerstandsbewegung gegen die Nazis im Rahmen der Quäker beteiligt. Wegen ihrer Äußerungen zur Verteidigung der Juden wurde sie aus ihrer Lehrtätigkeit entlassen.
- Elisabeth Fluegge, Lehrerin an einer Hamburger Privatschule, in der auch jüdische Schüler lernten, wurde wegen ihrer Forderung gegenüber nichtjüdischen Schülern, dass diese sich gegenüber Juden wohlwollend benehmen sollen, von den Nazis an eine Schule der niedrigeren Stufe in ein Armenviertel zwangsversetzt.
- Albert Heuer, Lehrer in Hannover, wurde 1933 inhaftiert, später KZ. Er versteckte in seiner Familie ein jüdisches Mädchen.
- Prof. Dr. Gerhard Radke, bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Gymnasiallehrer in Berlin, verhalf im Umfeld seines Wehrdiensteinsatzes 1941 im besetzten Belgrad einer jüdischen Familie, die einen persischen Pass besaß, zur Flucht aus Jugoslawien.
- Walter Rieck, Rektor einer Berliner Volksschule, ermöglichte es der Familie eines jüdischen Lehrers unterzutauchen.⁵⁵
- Marie Pleißner (1891-1983), Lehrerin einer höheren Mädchenschule und Grande Dame der Chemnitzer Liberalen, unterrichtete nach ihrer Entfernung aus dem Schuldienst (1934) privat jüdische Schüler, die immer mehr von den öffentlichen Schulen verbannt wurden. Auch sie verhalf über ihr Engagement in der *Religiösen Gesellschaft der Freunde* jüdischen Mitbürgern zur Ausreise. Nach Ausbruch des Weltkrieges wurde sie denunziert und war sieben Monate im Frauen-KZ Ravensbrück interniert.⁵⁶

54 Inge Deutschkorn: Ich trug den gelben Stern. München ¹³1995.

55 Diese fünf vorstehenden Beispiele wurden ausgewiesen in: Anton Maria Keim (Hg.): YAD VASHEM. Die Judenretter aus Deutschland. München 1983, S. 15, 49, 72, 120 und 122.

56 Erwähnt in: Juden in Sachsen. Ihr Leben und Leiden, hg. von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Dresden, Leipzig 1994, S. 101, vgl. ausführlicher: Andreas Pehnke: Chemnitzer Schulen unterm Hakenkreuz. In: Chemnitz in der NS-Zeit. Beiträge zur Stadtgeschichte 1933-1945, hg. vom Stadtarchiv Chemnitz, Bd. 10. Chemnitz 2008, S. 37-58.

- Willy Steiger (1894-1972), der weit über seinen Wirkungskreis, die Versuchsschule in Hellerau bei Dresden, während der Zwischenkriegszeit in Schulreformerkreisen hoch geschätzte Reformpädagoge wurde wegen seines Engagements im Bund Entschiedener Schulreformer 1933 entlassen, später strafversetzt. Anwerbungen seitens der NSDAP konnte er sich widersetzen. Als berühmter Autor – erinnert sei an seinen Klassiker erfolgreich gelebter Reformpädagogik *S'blaue Nest* (Dresden 1927) – kooptierte er mit jüdischen Verlegern. Des Weiteren konnte er sowohl jüdische als auch ausländische Bürger materiell unterstützen.⁵⁷

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg kämpfte Max Kosler, der zum Schulrat für Dresdner-Stadt-Ost berufen worden war, weiter gegen antisemitische Tendenzen. So entgegnete er auf der Schulratskonferenz Anfang Februar 1948 in Dresden-Wachwitz dem Ministerialdirektor Wilhelm Schneller (1894-1979), einem gefürchteten Apparatschik stalinistischer Bildungspolitik und Pädagogik, der ein Grundsatzreferat zum Thema *Die politische Bildung der Lehrerschaft* hielt, in der öffentlichen Diskussion: »Wer glaubt, dass sich der Antisemitismus in der Lehrerschaft kaum bemerkbar macht, irrt sich. Gerade dem Lehrer müsste klar gemacht werden, dass er gegen diese Einstellung kämpfen muss. Ein großer Teil der Neulehrer ist durch die nazistische Erziehung gegangen und mit Schlagwörtern gefüttert worden. Es ist klar, dass da etwas hängen bleibt. Einer unserer Punkte muss die systematische Bekämpfung des Antisemitismus sein.«⁵⁸

Max Kosler, der im Juli 1948 abermals aus dem Schuldienst relegiert worden war und sodann wieder als freischaffender Wirtschafts- und Steuerberater den aus Deutschland vertriebenen jüdischen Mitbürgern nun bei der Rücküberführung und/oder Entschädigung ihrer Vermögenswerte half, wurde im Dezember 1948 ausgerechnet wegen seines lebenslangen Engagements für die Versöhnung zwischen den Juden und den Deutschen angezeigt. Er hätte sich während der Nazi-Ära am Vermögen seiner jüdischen Klienten bereichert, hieß es in einer Anzeige. Aber bereits am 13. Januar 1949 mussten Koslers Häscher nach der Anhörung einhellig entlastender Zeugenaussagen konstatieren, dass eine weitere Inhaftierung Koslers nicht aufrecht zu erhalten sei. Dennoch blieb er weiterhin in Haft und wurde schließlich auf Betreiben der SED-Bezirksleitung Dresden der Sowjetischen Militäradministration zugeführt. Durch ein sowjetisches Militärtribunal wurde Max Kosler schon am 26. Januar 1949 zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt.⁵⁹

⁵⁷ Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Landesregierung Sachsen & Ministerium für Volksbildung, Nr. 275, Bl. 77.

⁵⁸ Ebd., Nr. 518, unpag.

⁵⁹ Vgl. Pehnke 2009, wie Anm. 1, S. 220ff. und 239f.

Wie fast alle Liberalen prägte Max Kosler und seine Bundesgenossen im VAA um Gertrud Bäumer und Johannes Tews eine evolutionär-teleologische Grundannahme und keine historisch basierte staatsformgebundene Ideologie. So ist es logisch, dass sie die revolutionären Praktiken der extremen Linken ablehnten, es ist aber auch konsequent, wenn sie sich gleichermaßen gegen die gewaltsamen Praktiken der ›Konterrevolution‹ und insbesondere gegen die Nazis entrüsteten. Sie standen immer wieder zwischen den polarisierenden Kräften, in allgemeinen politischen Fragen wie in Bildungsfragen. Sie fanden zunächst in der DDP, die sich von allen bürgerlichen Parteien am klarsten zur Weimarer Republik bekannte, ihre politische Heimat. In der »Judenfrage« gelangte der deutsche Liberalismus in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre aber zunehmend in die Defensive,⁶⁰ was nicht wenige Linksliberale in die SPD führte, weil sie dort bis zum Ende der Ersten Republik praktisch die einzige politische Kraft erblickten, die konsequent für die Interessen der Juden eintrat. Dem gegenüber befand der DDP-Vorsitzende Erich Koch-Weser (1875-1944) 1927 für seine Partei: »Die jüdische Frage hat immer weniger Bedeutung.«⁶¹ Wenngleich der Kampf gegen den Antisemitismus nicht eine zentrale Aufgabe für die gesamte Fraktion blieb, kann vielen Liberalen ihr beherzter Einsatz für die Rechte ihrer jüdischen Mitbürger nicht abgesprochen werden.

60 Vgl. Erkens/Sassin 1989, wie Anm. 47, S. 269.

61 Zit. nach Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der DDP. Göttingen 1973, S. 81.